

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Nachrichten Dresden.
Druckerei-Nummer 25 241.
Für die Nachlieferung: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 1.-15. August Mark 4000.—, Einzelnummer Mark 400.—,
Anzeigen-Preise. Die 1. Auflage 30 zum breiten Teile M. 15000.—, außerh. d. Reiches M. 18000.—,
Kamillensel- und Glanzstoffe ohne Rabatt M. 5000.—, außerh. d. M. 6000.—,
Vorsatzblätter laut Tarif. Unveränderte Auflage gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptredaktion:
Marianstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Klopff & Reichardt in Dresden.
Postfach-Num. 1068 Dresden.

26 Prager Straße Elegantes Reisegepäck **Adolf Mäfer** Feinste Lederwaren Prager Straße 26

Die Goldmarkanleihe untergebracht!

Ein großzügiger Entschluß von Industrie, Handel und Banken. — Verwendung der Devisen zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Fett. — Quertreibereien Frankreichs gegen die Anleihe. — Bevorstehende Erhebung der Reichseinnahmen auf wertbeständiger Grundlage. — Beispiellose Dollarhauffe. — Das Nolengeplänkel der Dresdner Regierung mit Berlin.

50 Millionen Goldmark in Devisen zur Verfügung der Reichsbank.

Berlin, 7. Aug. Industrie, Handel und Banken haben es übernommen, der Reichsbank gegen Dollarschuldanweisungen 50 Millionen Goldmark in Devisen zur Verfügung zu stellen. Die Verhandlungen sind heute bis auf einzelne Gruppen, deren Verteilung in den nächsten Tagen abgeschlossen wird, zu Ende geführt worden. Damit ist die angelegte Dollarschuldanleihe untergebracht. Die Devisen werden in der Hauptsache der Beschaffung notwendiger Lebensmittel dienen, so daß insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit Fett sichergestellt ist. (W. T. B.)

Frankreich versucht die wertbeständige Anleihe zu sabotieren.

Berlin, 7. August. Wie aus Paris gemeldet wird, schreibt der „Temps“ zu der geplanten deutschen Goldanleihe, selbstverständlich würden die beabsichtigten Kreditoperationen das Reich bei der Verlängerung des Ruhrkrieges unterstützen, aber sie würden zur Verzögerung der deutschen und ausländischen Zeichen Pfänder erforderlich machen. Sie müsse also durch Steuern gesichert werden, die von den in Deutschland vorhandenen Sachwerten in Gold zu erheben wären. Könne ein großzügiger Plan, der so sehr dazu angetan ist, die finanzielle Zukunft Deutschlands in Mittelsdeutschland zu sichern, zur Ausführung gelangen, ohne daß die Repfo ihre Zustimmung gegeben habe?

Nach dieser Neuherung des „Temps“ hat es den Anschein, als ob von französischer Seite ein ähnlicher Schaden gegen die neue deutsche wertbeständige Anleihe verübt werden soll, wie gegen die Anleihe im März dieses Jahres. Die Rechtsabteilung der Repfo hat sich indessen in ihrer Mehrheit den französischen Standpunkt nicht zu eigen gemacht. Insbesondere kann aus dem Beschluß der Rechtsabteilung nicht geschlossen werden, daß die Zustimmung der Repfo zur Ausgabe einer deutschen Anleihe erforderlich ist. (W. T. B.)

Um die Einführung der Goldmark.

Berlin, 7. Aug. Ueber die bevorstehende Aufhebung aller Eilungsmassnahmen wird noch mitgeteilt, daß es sich dabei um nicht weniger handelt, als die deutsche Wirtschaft auf Wertbeständigkeit, also auf Goldmarkbasis neu aufzubauen. Dazu gehört vor allem die Schaffung einer Goldmark, als deren erster Schritt die Goldmarkanleihe angesehen werde. Da-

durch, daß die Anleihestücke Umlaufsmöglichkeit erhalten, solle der deutsche Geldmarkt aufgefüllt werden und so die Devisen, die ihn bisher erziehen müßten, für Importzwecke freigegeben werden. Es sei nunmehr zunächst beabsichtigt, sämtliche Einschränkungen des Devisenhandels aufzuheben, und diesem Schritt die Aufhebung der bisherigen zwangsweise wirtschaftlichen Maßnahmen auf dem Fuße folgen zu lassen. Mit der Einziehung der Reichseinnahmen auf wertbeständiger Grundlage werde freilich auch eine Umwälzung der Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger verbunden sein. Es sei nur fraglich, ob diese sich ohne schwere innere Kämpfe vollziehen wird. Die Regierung beabsichtige mit ihren jetzigen Maßnahmen, die Möglichkeit einer langsamen Ueberleitung zu schaffen.

Besprechungen des Reichsfinanzers mit den Parteiführern

Berlin, 7. August. Als Anlaß zu der morgigen Sitzung des Reichstags, in der der Reichsfinanzminister über die bisherige Finanzpolitik der Regierung und die geplanten neuen Maßnahmen berichten wird, fand heute vormittag eine Besprechung der Parteiführer mit dem Reichsfinanzminister statt. Ueber den Inhalt dieser streng vertraulichen Besprechung verläßt es sich, daß im Mittelpunkt die Absicht der Regierung stand, alle Einnahmen des Reiches an Steuern, Eisenbahn, Post, Telegraphenbeiträgen usw. auf wertbeständiger Grundlage zu erheben. Diese Absicht der Regierung wurde den Parteiführern mitgeteilt, die auch über die geplante Durchführung der erforderlichen Maßnahmen unterrichtet wurden. Es heißt, daß die Regierung nunmehr entschlossen sei, mit aller Energie gegen die Weitzerrüttung des deutschen Finanzlebens anzukämpfen. Soweit bis jetzt feststeht, wird der Reichsfinanzminister in der morgigen Sitzung gleich nach Eröffnung der Beratung das Wort zu einer Erklärung über die augenblickliche politische und finanzielle Lage ergreifen.

Die Beamtenkassette fordert sofortige Währungsreform.

Berlin, 7. August. Der Deutsche Beamtenbund hat dem Reichsfinanzminister eine Eingabe überreicht, in der namens der deutschen Beamtenschaft die Forderung einer sofortigen Währungsreform erhoben wird, um den drohenden Verfall der Wirtschaft und die Verelendung weitester Volkskreise zu verhindern. In der Eingabe wird betont, daß die deutsche Beamtenschaft heute sich in einer nahezu trostlosen Lage befindet und daß nur schnelle Maßnahmen das geerntete Vertrauen der Beamten zur Reichsregierung heben könnten. Weiter wird erklärt, daß Landwirtschaft, Industrie, Banken und Handel für die neue Währung die Haftung übernehmen müßten. Besonders die Landwirtschaft, die seit dem Kriegesausbruch fast ganz ruiniert sei, müsse steuerlich viel härter als bisher belastet werden.

Die neue Dollarhauffe.

Die am Montag einsetzende gewaltige Aufwärtsbewegung des Dollarkurses hat sich im Laufe des Dienstag in einem wahrhaftig anstürmenden Tempo fortgesetzt. Er stieg in den Mittagsstunden bereits auf 4 Millionen, fiel während der amtlichen Notierung bis auf 3 800 000, um sich am Abend wieder der 4. Million zu nähern. Die Bewegung ist um so auffälliger, als sie sich trotz der sogenannten Freigabe des Devisenhandels unter sehr starker Zurückhaltung der Banken vollzieht, da die Mitglieder der Berliner Stempelvereinsvereinbarung beschlossen haben, lediglich zur amtlichen Notiz abzuschießen. Im übrigen hatte man sich überhändlich bei dem Vorkommen des Einheitswährungssturzes für die ersten Tage unbedingte mit einer Steigerung des Kurses rechnen müssen. Ein derartiges Ansteigen, wie wir es jetzt erleben, kommt aber selbst den Banken überraschend, und eine Erklärung dafür kann man nur in dem fast völlig fehlenden Angebot von Devisen erblicken, dem ein gesteigerter Bedarf gegenübersteht. Seit der Stützung des Marktkurses war bekanntlich bei dem geringen Material, das der Reichsbank zur Verfügung steht, eine Neuverteilung bei allen Devisenanforderungen zu 2, 3 und 5 Prozent täglich die Regel, und selbst die lebenswichtigsten Betriebe, wie die Margarinefabriken, konnten nur bis zu 20 Prozent beliefert werden. Bei der Aufhebung der Devisenverordnung mußte sich infolge der gewaltigen Einengung des Bedarfs eine weitestgehend gesteigerte Nachfrage, besonders der für die Ernährung notwendigen Betriebe, am Devisenmarkt kurzfristig auswirken, obwohl anerkannt werden muß, daß sich auch jetzt noch die Devisenanforderungen in möglichem engen Grenzen halten, zumal die ständigen Kontrollvorschriften für die Banken gegenüber den Devisenanforderungen bestehen geblieben und Termingeschäfte im Freiverkehr weiter verboten sind. Das erschreckend geringe Angebot an Devisen aber bringt es mit sich, daß schon verhältnismäßig unbedeutende Kaufaufträge zu ganz gewaltigen Kurssteigerungen führen. So erklärt es sich auch, daß die hohen Kurse im Freiverkehr, wie aus dem Vorkursbericht hervorgeht, im wesentlichen Sprechstunde waren, zu denen Umsätze nur in ganz geringem Maße erfolgten. Bezeichnend für die Nervosität am deutschen Devisenmarkt ist es auch, daß der New Yorker Kurs mit 3 800 000 unter dem deutschen Freiverkehrskurs bleibt. Inwiefern im Freiverkehr Ankaufkäufe stattgefunden haben und stattfinden, steht nicht fest. Zweifellos ist es aber, daß die Aufhebung der Devisenverordnung nur den einen Anlaß zu der rasenden Entwicklung des Dollarkurses dar-

stellt, der vermutlich bald nachlassen dürfte, daß aber die ungeheuerliche Tätigkeit der Rotenpresse nicht ohne schwerwiegende Einflüsse auf den Dollarkurs bleiben kann. Einflüsse, denen man sehr durch das großzügige Finanzprogramm in Verbindung mit der Goldanleihe des Reiches entgegenzutreten wird.

Ein Sachmann über die Devisenhauffe.

Berlin, 7. Aug. Von bankfachmännlicher Seite wird zu dem Emporschwelen der fremden Valuten, das der Devisenfreiverkehr mit sich brachte, darauf hingewiesen, daß bis zur Organisation des Devisenmarktes wieder einige Zeit vergehen würde und daß namentlich angeht die Zurückhaltung der Großbanken, die sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollten, an der Steigerung der Devisenkurse beteiligt zu sein, zunächst an eine Regulierung des Geschäftes nicht zu denken sei. Der längst zurückgehaltene und bei den scharfen Repartierungen der Reichsbank nicht betriebliche Bedarf dränge schließlich, solange noch gegen deutsche Mark überhand Devisen zu haben seien, hervor, um zu möglichst niedrigen Kursen sich einzudecken. Die deutschen Angebote aber seien außerordentlich schwach. Ein Aufstoßen des inneren Anteils an der Marktwertung könnte es erst dann geben, wenn Goldagioverkehr und wertbeständiges Geld von der Reichsbank ausgingen würden.

Augenblicklich trete auch nach Freigabe des Devisenhandels die Reichsbank als alleinige Abnehmerin auf. Da aber am deutschen Markt Devisen in hinreichender Menge nicht zu beschaffen seien, könne selbstverständlich der Bedarf auf die Auslandsmärkte und laufe dort, wo man noch gegen deutsche Mark Devisen abgibt, zu jedem Preise. Verhängend komme hinzu, daß in der letzten Zeit die deutsche Ausfuhr erheblich zurückgegangen sei. So wirken eine ganze Reihe von ungünstigen Momenten zusammen, die die Wiederaufnahme des Devisenfreiverkehrs auf das schlimmste beeinträchtigen müßten. Unser Import brauche eben, wenn das Geschäft überhaupt noch aufrechtzuerhalten werden solle, einen sehr namhaften Beitrag in Devisen. Müße dieser im Auslande gedeckt werden, dann müßten die Kurse noch außerordentlich weiter steigen.

Dollar (Amtlich): 3 300 000
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 3 940 000

Nochmals der bayerische Föderalismus.

Aus München wird uns geschrieben:
Die öffentliche Meinung in Mittel- und Norddeutschland wird begreiflicherweise dadurch beunruhigt, daß gerade in diesen schweren Wochen, die ein unerschütterliches Zusammenhalten des deutschen Volkes und seiner Regierungen gegenüber den Gewalttaten der Franzosen und Belgier erfordern, im bayerischen Landtag teils von der Regierung, teils von der härtesten Partei Aktionen eingeleitet worden sind, die als Vorläufer gegen die Einheit des Reiches gedeutet werden können. Bei dem tief eingewurzelteten Mißtrauen, das einerseits in Bayern gegenüber weiteren Untarifizierungsmaßnahmen, andererseits in Norddeutschland gegenüber vermeintlichen bayerischen Separationsbestrebungen besteht, ist es kein Wunder, daß von beiden Seiten Behauptungen aufgestellt werden, die weit über das Ziel hinausgehen. In dieser Lage scheint gerade die jährliche Presse berufen, eine Brücke zwischen den Gegenseiten zu schlagen. Wir Sachsen sind weder hier noch dort mit der gleichen Abneigung belastet, wie der Preuss im Süden und der Bayer im Norden. Wie sich ein in der Zeit der Reichsgründung unser späterer König Albert durch vermittelnde Tätigkeit große Verdienste erworben hat, dürfen wir es heute als unsere Aufgabe ansehen, dem gegenseitigen Verstehen die Wege zu ebnen. Im folgenden soll darum versucht werden, die nicht immer leicht erkennbaren Grundgedanken darzulegen, von denen die bayerischen Politiker geleitet werden.

Seitdem Cuno deutscher Reichsfinanzminister und v. Kulling bayerischer Ministerpräsident sind, haben sich erfreulicherweise die Beziehungen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung viel vertrauensvoller gestaltet, vor allem deshalb, weil die Reichsregierung, besonders auch in der Form, die bayerischen Bedürfnisse viel verständnisvoller berücksichtigt, als es früher leider oft der Fall war. Es ist kaum zu bezweifeln, daß der vor einigen Wochen drohende Rücktritt des Reichsfinanzministers der bayerischen Regierung sehr unwillkommen gewesen wäre und daß man es auch heute aus tiefster Beharren würde, wenn der von der Sozialdemokratie im Verein mit den Zentrumskreisen um Wittib unternommene Vorstoß gegen Cuno Erfolg haben sollte. Eine Rückkehr Wittibs auf den Posten des Reichsfinanzministers würde hier geradezu katastrophal wirken.

Der Föderalismus bedeutet für die Bayern vor allem die Erhaltung alles dessen, was sie als ihre aus einer langen und ruhmreichen Sondergeschichte erwachsene besondere Eigenart hochhalten. Dazu kommen gewisse geschichtsmäßige Momente, wie das stolze Bewußtsein, auf einem 1500-jährigen alten Kulturboden zu leben, der den Mittelpunkt des Reiches bildet, als Deutschtum und Christentum erst anfangen, die östlichen Gebiete zu kolonisieren; ferner der unwillkürliche Gegensatz der katholischen Altbayern gegen den protestantischen Norden und in allen Schichten der Bevölkerung ein innerer Widerwille gegen das leicht hochfahrende, laute und herrliche Auftreten vieler Preussen. Während sonst im allgemeinen von der gegenseitigen persönlichen Verührung der Bayern ein besseres Selbstverstehen erwartet werden darf, trägt die alljährliche Völkerverwanderung der Norddeutschen nach München und in die bayerischen Berge eher zur Entfremdung bei, weil dabei naturgemäß die verengten besonders unangenehm wirkenden sogenannten „Berliner“ von bescheidener Bildung viel mehr auffallen als die große Mehrzahl der Zurückhaltenderen. Sie hören den Bayern in seiner behaglichen Ruhe und tranken ihn vielfach durch überlegen-herablassendes Wesen. So kann man selbst unter den allerbesten bayerischen Söhnen des Reiches den Gedanken ankern hören, daß Bayern für die Norddeutschen ein Land sei, in dem man zwar gern ein paar Sommerwochen zubringt, um dessen Wohlgerachen man sich aber sonst nicht weiter zu kümmern braucht. Bei dieser Sachlage müssen die seit 1919 mit einem bedauerlichen Mangel an Psychologie immer wieder erneuten Versuche, die Befürchtungen der Reichsbehörden über die Grenzen der Weimarer Verfassung hinaus auszuweiten, steigenden Unwillen und schließlich eine Gegenwirkung erzeugen. Auch unter der Regierung Cuno hat dieser Untarifizierungskeifer bei bestimmten Berliner Stellen nicht nachgelassen, und wenn gleichzeitig gewisse Zentrumskreise sowie Demokraten und Sozialdemokraten in derselben Richtung drängen, so erblickt man hier dahinter die Absicht, die bayerische Regierung auf dem Umwege über das Reich aus ihrer innerpolitischen Richtung abzubringen.

Dies führt zu dem vielleicht wichtigsten Grunde, aus dem Bayern für den Föderalismus kämpft. Es hat eine Zeitlang die Käserregierung, wie ihr Sachsen sehr zuerzuehrt, am eigenen Leibe erfahren und davon ist für allemal genug. Man will darum hier nach Kräften seine Selbständigkeit bewahren, soweit es im Rahmen der heutigen Verhältnisse möglich ist, um sich jedenfalls einer Volkswirtschaft zu können. Mit anderen